



Die EU in der Schulbildung

EU-in-BRIEF | Ausgabe 07-2017

Wissen ist Macht. Nur wer Bescheid weiß, welche Instrumente der politischen Partizipation es gibt, kann sich Gehör verschaffen und mitgestalten. Leider haben die größten Kritiker der EU oft den geringsten Kenntnisstand, viele berufen sich auf sogenannte „Fake News“ oder Vorurteile. Die Europäische Bewegung Deutschland und ihr Mutterverband European Movement International sind überzeugt: Kritik an der EU ist berechtigt und sogar nötig, aber sie sollte auf Grundlage eines soliden Kenntnisstandes ausgeübt werden. Deshalb fordert die Europäische Bewegung in diesem EU-in-BRIEF ein Umdenken in der europäischen Bildungspolitik: Insbesondere in den Schulen muss mehr Wissen über die EU vermittelt werden.

Die Europäische Union steht heute vor einer Reihe von Herausforderungen. Bestehende Trends der Polarisierung werden durch geopolitische Veränderungen und soziale Ungleichheiten beschleunigt. Parteien des äußeren linken und rechten Spektrums sowie populistische Bewegungen gewinnen an Boden, die europäische Werte oft ablehnen. In diesem Jahr wurde der Artikel 50 des Vertrags über die EU zum ersten Mal ausgelöst und das Vereinigte Königreich hat den Prozess des Austritts aus der EU begonnen. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl 2014 betrug nur 42,6 %.¹ Überdies geben laut jüngstem Eurobarometer-Bericht aus dem Jahr 2016 42 Prozent der Europäer an, dass sie nicht wissen, wie die Europäische Union arbeitet.²

Ein grundlegendes Problem ist die allgemeine Entfremdung der Bürgerinnen und

Bürger von sowohl nationaler als auch europäischer Politik. Auch wenn die Europäische Union ein einzigartiges und keineswegs perfektes oder vollendetes Projekt ist, beruht viel Kritik in den Medien auf unzureichenden Kenntnissen der EU und einem mangelndem Verständnis ihres Mehrwerts für den einzelnen Bürger. Demokratieerziehung, Europabildung und eine bessere Konzeption der EU könnten dazu beitragen, diese Probleme zu lindern und eine informierte sowie kritische Debatte über die Europäische Union zu fördern, ohne auf populistische Botschaften zurückzugreifen, die häufig in Fehlinformationen oder sogenannten „alternativen Tatsachen“ begründet sind.

In diesem EU-in-BRIEF hat die Europäische Bewegung International zusammen mit der Europäischen Bewegung Deutschland den aktuellen Stand der Europabildung in den Schulen der EU-Mitgliedstaaten untersucht, um aktuelle Defizite zu definieren und konkrete Verbesserungsvorschläge gegenüber nationalen wie europäischen Behörden zu formulieren. Das dafür verwendete empirische Material basiert auf einer im Jahr 2012 durchgeführten Studie

¹ Europäisches Parlament: Ergebnisse der Europawahl 2014. Zugriff unter: <http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/turnout.html>. Zugriff am 24.04.17.

² Eurobarometer, Frühling 2016, „Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union“. Zugriff unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/yearFrom/1974/yearTo/2017/search/citizenship/surveyKy/2130>. S. 109.

der Europäischen Kommission sowie zehn Interviews mit Sekundärschullehrerinnen und -lehrern in Deutschland.

Das EU-In-BRIEF ist wie folgt aufgebaut: Anfangs wird erläutert, warum Demokratieerziehung und Europabildung so essentiell sind, danach wird definiert, was Europabildung genau umfasst bzw. umfassen sollte. Es folgt ein Überblick darüber, wie derzeit Europabildung an Schulen in den EU-Mitgliedstaaten unterrichtet wird. Aus dieser Analyse werden bestehende Defizite und Probleme abgeleitet, woraus abschließend politische Empfehlungen sowohl für die EU- als auch für die Mitgliedstaaten folgen.

Warum Europabildung in der Schule?

Ob es wirklich notwendig ist, Kinder und Jugendliche frühzeitig über die Europäische Union zu unterrichten, wird kontrovers diskutiert. In den Medien wird das Engagement der EU in der Bildungspolitik teilweise als Propaganda diffamiert und Brüssel wird vorgeworfen, Kinder mit pro-europäischen Botschaften beeinflussen zu wollen. Auch wenn jeder Mitgliedstaat in den schulischen Lehrplänen Unterricht über die Europäische Union berücksichtigt, variiert es doch von Land zu Land sehr stark, wie und in welchem Umfang dies geschieht.

Kritik an der EU ist berechtigt und wichtig, um dieses einzigartige und unvollständige Projekt weiter zu entwickeln. Wie jedes demokratische System ist die EU abhängig vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger, um sich an ein ständig wandelndes Umfeld optimal anpassen zu können. Dieses Engagement beginnt mit dem Grundrecht, bei den Europawahlen seine Stimme abzugeben – was nur jeder zweite wahlberechtigte EU-Bürger tut, trotz nachweisbar

gestiegenen Wissen über die Direktwahl des Europäischen Parlamentes.³

Andere Instrumente der Bürgerbeteiligung sind noch weniger bekannt. Wie sollen sich Bürgerinnen und Bürger an die Europäische Bürgerbeauftragte wenden oder gar eine europäische Bürgerinitiative starten, wenn sie noch nie davon gehört haben? Schulen sind die einzigen Institutionen, die alle europäischen Bürgerinnen und Bürger erreichen. Europabildung in der Schule ist somit entscheidend, um junge EU-Bürgerinnen und Bürger darauf vorzubereiten, sich innerhalb der EU Gehör zu verschaffen und zu beteiligen. Europabildung ist der Schlüssel für aktive Bürgerbeteiligung und damit für eine funktionierende Demokratie in der EU.

Definition Europabildung

Wenn wir über Europabildung in der Schule sprechen, ist es zunächst notwendig zu definieren, was der Begriff konkret bedeutet. Die Europäische Bewegung definiert Europabildung als einen Lernprozess, der drei Elemente umfasst:

- 1) Demokratieerziehung
- 2) Kulturelles Bewusstsein
- 3) Kenntnisse über die EU

Wenn es um bürgerschaftliche Kompetenzen und kulturelles Bewusstsein geht, beruft sich die Europäische Union auf einen Bezugsrahmen mit konkreten Definitionen: Im Jahr 2006 veröffentlichten das Europäische Parlament und der Europäische Rat eine Empfehlung zu acht Schlüsselkompe-

³ Der Eurobarometer Bericht von 2002 fand heraus, dass nur 58% der Befragten über die Möglichkeit zur Wahl des Europäischen Parlaments in Kenntnis waren. Im Jahre 2012, lag der Durchschnitt bei 77%. Quelle: Oberle, Monika (Hrsg.) (2015): Die europäische Union erfolgreich vermitteln. Perspektiven der politischen EU-Bildung heute. Wiesbaden: Springer VS. S. 43.

tenzen für lebensbegleitendes Lernen.⁴

Dabei sind „soziale und zivilgesellschaftliche Kompetenzen“ als die entscheidenden Fähigkeiten definiert, um sich effizient und konstruktiv sowie aktiv und demokratisch am gesellschaftlichen und beruflichen Leben zu beteiligen - insbesondere in zunehmend vielfältigen Gesellschaften. Dazu gehören auch das kritische und kreative Denken und die konstruktive Beteiligung an gemeinschaftlichen oder nachbarschaftlichen Aktivitäten sowie an der Entscheidungsfindung auf allen Ebenen, von der lokalen über die nationale bis hin zur europäischen Ebene, insbesondere durch die Teilnahme an Wahlen. Unter „kulturellem Bewusstsein“ wird ein Bewusstsein für das lokale, nationale und europäische Kulturerbe verstanden. Der Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates nach, ist es außerdem wichtig, die kulturelle und sprachliche Vielfalt in Europa und anderen Teilen der Welt zu bewahren.

Das dritte Element einer umfassenden Europabildung stellt die "Kenntnisse über die EU" dar und ist bisher nicht von Seiten der EU definiert, sondern obliegt der Bildungshoheit der Mitgliedstaaten. In dieser Studie verstehen wir "Kenntnisse über die EU" als 1) grundlegendes Wissen über die EU wie z.B. über die Arbeit der europäischen Institutionen und 2) das historische und kulturelle Verständnis der EU und ihrer Werte. Im Artikel 165 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU ist festgelegt, dass die Europäische Union eine unterstützende Rolle in der Bildungspolitik innehat, während die Mitgliedstaaten ihre nationale Souveränität über die Lerninhalte für sich behalten.⁵

⁴ Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen, Zugriff unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32006H0962&from=EN>.

⁵ Artikel 165 AEUV.

Die EU-Bildungspolitik zielt vor allem darauf ab, die europäische Dimension in der Bildung, die Mobilität von Studierenden und Lehrkräften, die Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen und die Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa zu fördern. Die EU hat bisher weder vorgeschrieben, was in den Mitgliedstaaten über die EU gelehrt werden soll, noch in welcher Altersgruppe dies geschehen soll. Bisher ist dies Aufgabe nationaler Bildungspolitik und daher fehlt eine Vergleichbarkeit, beispielsweise in Form eines Rahmens für Europabildung.⁶

Aktueller Stand

Bereits seit 1988 bemüht sich die Europäische Union um eine europäische Dimension im Bildungswesen - damals beschloss der Europäische Rat, dass die Mitgliedstaaten alle erforderlichen Anstrengungen unternehmen sollten, um die europäische Dimension in die Lehrpläne aller dafür geeigneten Fächer einzubeziehen.⁷ Aber wie wird die Europäische Union derzeit in der Schule unterrichtet? In welchen Fächern ist sie Thema und welche Inhalte sind in den Lehrplänen enthalten?

Es gibt wenige umfassende und aktuelle Informationen über schulische Europabildung in den Mitgliedstaaten. Die aktuellste Studie heißt "Learning Europe at School" und wurde von der Generaldirektion Bil-

⁶ In dem Initiativbericht vom 3. Februar 2016 über den Erwerb von Kenntnissen über die EU an Schulen rief das Europäische Parlament die EU dazu auf, einen solchen gemeinsamen Rahmen zu schaffen und Leitlinien mit konkreten Beispielen für die Vermittlung von Kenntnissen über die EU auszuarbeiten. Zugriff unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A8-2016-0021+0+DOC+PDF+V0//DE>.

⁷ Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen zur europäischen Dimension im Bildungswesen vom 24. Mai 1988, Zugriff unter: [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:41988X0706\(01\)&from=EN](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:41988X0706(01)&from=EN).

derung, Jugend, Sport und Kultur der Europäischen Kommission zwischen Januar und November 2012 durchgeführt.⁸ In der Studie wird Europabildung in der Primarstufe, Sekundarstufe I und Sekundarstufe II in 27 Mitgliedstaaten (ohne Kroatien) erfasst.

Ein Ergebnis der Studie ist, dass fast in der Hälfte der Mitgliedstaaten Europabildung in der Schule bereits im Gesetz verankert ist. In den meisten Fällen erwähnt die Gesetzgebung, dass Europabildung junge Menschen für ihre Rolle als mündige Bürgerinnen und Bürger in ihren Ländern sowie in der Europäischen Union vorbereiten soll. In allen Mitgliedstaaten enthalten die Lehrpläne Aufforderungen, die EU in mindestens einem Fachbereich der Primar- und Sekundärbildung zu integrieren. Theoretisch wird somit jeder Jugendliche, der heute einen Schulabschluss hat, über Grundkenntnisse über die EU verfügen.

Die Studie stellt also fest, dass die Rahmenbedingungen für den Unterricht über die EU in den meisten Ländern vorhanden sind. Die Lehrpläne zeigen auf, was über die EU gelehrt werden soll, und geben den Lehrkräften einen Rahmen vor, in dem sie über die EU unterrichten können. Typische Inhalte der Europabildung in den Lehrplänen sind Geografie, die Entstehungsgeschichte der EU, ihre Rolle als weltpolitischer Akteur sowie die Rolle und Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten.

Bestehende Probleme

Obwohl in den meisten EU-Ländern ein Rahmen für die schulische Europabildung vorhanden ist, sieht die Realität anders aus. Aus der Studie "Learning Europe at School" geht hervor, dass es große Unter-

schiede in der Kenntnisvermittlung über die EU zwischen den Ländern gibt. Insbesondere Kenntnisse über das historische und kulturelle Verständnis der EU und ihrer Werte werden nur selten klar definiert.

Laut der Studie sind die Lehrpläne über die EU in den meisten Ländern stark fragmentiert. Es gibt nur wenige Beispiele und Belege für progressive Europabildung, die Schülerinnen und Schüler von grundlegenden Tatsachen zu einem komplexeren Verständnis der EU führt. Ein wichtiger Kritikpunkt ist außerdem, dass Europabildung an Schulen stark von der aktuellen Regierung und ihrer Einstellung zur EU abhängt. In einem Land mit EU-kritischer Regierung können Lehrkräfte durch Europabildung in Verdacht geraten, Regimegegner zu sein.⁹

Es gibt wenig Einheitlichkeit und Zusammenhang in dem, was auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Unterrichtsfächern über die EU gelehrt wird. Vereinzelte Informationen über die EU finden sich hier und da in den Lehrplänen verschiedener Fächer, ohne jedoch ein klares Gesamtbild zu schaffen. „Grundlegendes Wissen über die EU wie z.B. über die Arbeit der europäischen Institutionen“, anlehnend an den ersten Punkt unserer Definition der EU-Kenntnisse, ist im Vergleich zu geographischen oder historischen Aspekten der EU ein eher vernachlässigter Bereich.

Darüber hinaus hängt praktisch fast alles von der Initiative der Lehrkräfte selbst ab, was doppelt problematisch ist: Einerseits können EU-skeptische Lehrkräfte europäische Inhalte vermeiden, andererseits wird pro-europäischen Lehrkräften viel Eigeninitiative abverlangt. Die Europäische Bewegung hat zehn deutsche Lehrkräfte interviewt, um die Probleme zu untersuchen,

⁸ Europäische Kommission GD Bildung und Kultur, Studie "Learning Europe at School" (nur im Englischen verfügbar). Zugriff unter: <http://www.eupika.mfdps.si/Files/Learning%20Europe%20at%20School%20final%20report.pdf>.

⁹ Hungarian Spectrum, "Teaching and politics: A grade-eight geography book", 7 Januar 2017, Zugriff (auf Englisch) unter: <http://hungarianspectrum.org/2017/01/06/teaching-and-politics-a-grade-eight-geography-book/>.

mit denen sie sich konfrontiert sehen.¹⁰ Diese lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Fragmentierung: In deutschen Schulen ist Europabildung sehr zersplittert. Es wird nur kurz und in verschiedenen Fächern behandelt. Mangelnde Kommunikation und Kooperation zwischen den Lehrkräften verschiedener Fachbereiche erschwert die Situation.

Zeitmangel: Europabildung ist nur ein kleines Thema im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften in der Sekundarstufe I. Insbesondere wenn das Fach Geschichte chronologisch unterrichtet wird, erhält die EU wenig Raum.

Einstellung: Europabildung ist ein unpopuläres Thema unter Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften. Die meisten Schülerinnen und Schüler haben wenig Interesse für dieses Thema, viele Lehrkräfte vermeiden es aufgrund seiner Komplexität und Dynamik.

Informationsmaterial: Es gibt eine Vielzahl an Unterrichtsmaterialien über die EU für Lehrkräfte und von non-formalen Bildungsprogrammen, die von Jugend- und zivilgesellschaftlichen Organisationen und der EU angeboten werden. Die Menge an Angeboten erleichtert jedoch nicht deren Nutzung - es mangelt an Koordination und Zugänglichkeit. Lehrkräfte müssen ein hohes Maß an Willen und Beharrlichkeit aufweisen, um sich durch die Flut an Angeboten und bürokratische Hürden zu kämpfen. Dazu ist nicht jeder bereit und in der Lage.

Forderungen

Die Europäische Bewegung ist davon überzeugt, dass die genannten Probleme bildungspolitische Herausforderungen darstellen, die es sowohl auf europäischer als

¹⁰ Die Durchführung der Interviews erfolgte durch Ramona Brzoska.

auch auf nationaler Ebene dringend zu lösen gilt.

Forderungen an die EU

Angesichts der unterstützenden Rolle der Europäischen Union in der Bildungspolitik wäre es wünschenswert, dass die EU moderne und alternative Lehrmethoden finanziert. Die Europäische Bewegung ruft daher zu einer verstärkten und angemessenen finanziellen Unterstützung für Bildungsprogramme wie Erasmus +, Europa für Bürgerinnen und Bürger und Kreatives Europa auf, die eine wichtige Funktion bei der Stärkung der europäischen Identität und des bürgerschaftlichen Bewusstseins innehaben. Die Studie der Europäischen Kommission "Learning Europe at School" schlägt zudem vor, Europabildung in die Erasmus Studierendenmobilität zu integrieren und ein Zertifikat „EU-Lehrer“ zu vergeben, das Lehrkräften Kenntnisse und Kompetenzen für die Europabildung bescheinigt.

Die letztgenannte Idee findet auch im Europäischen Parlament Unterstützung, wie in dem Bericht „Der Erwerb von Kenntnissen über die EU an Schulen“ vom März 2016 zu entnehmen ist.¹¹ Sowohl die Studie als auch der EP-Bericht fordern, dass die Europäische Kommission bestehende Aktivitäten auf EU-Ebene wie Jean Monnet-Projekte und eTwinning weiter stärken sollte. Ferner sollte die EU Netzwerke fördern, die das Lernen über die EU auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene stärken und den Austausch bewährter Verfahren zwischen diesen Netzwerken erleich-

¹¹Initiativbericht des Europäischen Parlaments vom 3. Februar 2016 über den Erwerb von Kenntnissen über die EU an Schulen, Zugriff unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A8-2016-0021+0+DOC+PDF+V0//DE>.

tern.

Die Europäische Bewegung steht für mehr Integration im Bildungsbereich. Dabei wäre es zunächst wünschenswert, einen gemeinsamen Rahmen mit Leitlinien für die Europabildung zu schaffen. Dieser könnte die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, eine objektive und kritische Europabildung an Schulen umzusetzen. Der Rahmen und die Leitlinien würden dazu beitragen, den Kenntnisstand über die EU an den Schulen der Mitgliedstaaten vergleichbar zu machen.

Forderungen an die Mitgliedstaaten

Da die Bildungspolitik weitgehend den Mitgliedstaaten obliegt, fordert die Europäische Bewegung, dass die Mitgliedstaaten überprüfen, wie die EU in den Lehrplänen eingebettet ist. Es ist wünschenswert, dass Lehrpläne Kenntnisse vermitteln, die über die Geografie und Geschichte der EU hinausreichen - zum Beispiel über die Rolle und Arbeitsweise der EU-Institutionen und Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Der Kontext, in dem die EU gelehrt wird, sollte stärker mit nationaler Politik verknüpft sein, um deutlich zu machen, wie stark nationale und europäische Politik mittlerweile miteinander verzahnt sind.

Angesichts voller Lehrpläne und des Zeitmangels der Lehrkräfte fordert die Europäische Bewegung, dass die Vermittlung von Kenntnissen über die EU verpflichtend wird. Die Mitgliedstaaten sollen einen Zeitplan für die Umsetzung eines solchen verpflichtenden Bildungsmoduls einrichten.¹² Gleichzeitig sollen Lehrkräfte in der Fort-

und Weiterbildung unterstützt werden, um ihre Kompetenzen für die Europabildung zu stärken.

Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, ihre schulische Bildung entsprechend zu überarbeiten und in enger Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren die Europabildung zu stärken. Das gilt auch für Regionen und Kommunen, sofern diese schulische Inhalte steuern.

Die Europäische Bewegung fordert die Mitgliedstaaten auf, alle geeigneten Formate der formalen, non-formalen und informellen Europabildung für Lehrende und Lernende zu unterstützen. Sozialpartner, zivilgesellschaftliche Organisationen und Jugendverbände können die Kluft zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den EU-Institutionen überbrücken - sie benötigen Anerkennung und Unterstützung von Seiten der Mitgliedstaaten. Informationen und Bildungsangebote müssen besser koordiniert und kommuniziert werden, um Lehrkräfte effektiv zu unterstützen.

Fazit

Wenn wir uns eine informierte und kritische Debatte über Europa wünschen, dann ist Europabildung, die Demokratieerziehung, kulturelles Bewusstsein und Kenntnisse über die EU vermittelt, entscheidend. Der Studie "Learning Europe at School" zufolge sind die Rahmenbedingungen dafür theoretisch in den meisten EU-Mitgliedstaaten vorhanden.

Doch die Studie offenbart auch bestehende Probleme in der Umsetzung wie beispielsweise die Fragmentierung der Lehrplaninhalte und die Abhängigkeit von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierung. Deutsche Lehrkräfte weisen darauf hin, dass der Zeitdruck, EU-Skepsis bei Lehrkräften wie Schülerinnen und Schülern und bürokratische Hürden bei der Nutzung

¹² Oberle, Monika (Hrsg.) (2012): Politisches Wissen über die Europäische Union. Subjektive und objektive Politikkenntnisse von Jugendlichen. Wiesbaden: Springer VS. S. 13.

non-formaler Bildungsformate Europabildung an Schulen erschweren.

Um den genannten Problemen wirkungsvoll zu begegnen, hat die Europäische Bewegung eine Reihe von Empfehlungen und Forderungen an die EU und ihre Mitgliedstaaten gerichtet. Die EU soll erfolgreiche Bildungsprogramme ausreichend finanzieren und Leitlinien für die Europabildung entwickeln, die den Kenntnisstand in den Mitgliedstaaten vergleichbar machen. Die Faktenlage über Europabildung an europäischen Schulen ist nicht ausreichend, daher rät die Europäische Bewegung dringend zu wissenschaftlicher Arbeit über Europabildung in der Lehrerbildung, in Lehrplänen, Schulbüchern und Prüfungen.

Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, ihre schulische Bildung entsprechend zu überarbeiten und in enger Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren die Europabildung zu stärken. Das gilt auch für Regionen und Kommunen, sofern diese schulische Inhalte steuern. Die Europäische Bewegung fordert die Mitgliedstaaten auf, alle geeigneten Formate der formalen, non-formalen und informellen Europabildung für Lehrende und Lernende zu unterstützen.

Weiterführende Literatur

Axia, G. (Hg.) (1998): Children drawing Europe: The effects of nationality, age and teaching. The British Psychological Society.

Beschluss der Kultusministerkonferenz (2008): Europabildung in der Schule. Empfehlung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

Eurobarometer, Frühling 2016, "Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union". Euroclio (2016): Teaching "Europe" to Enhance EU Cohesion (not yet published).

Europäische Kommission (2016): Countries. Description of national education systems. Published by: Eurydice.

Europäische Kommission (2013): Learning Europe at School. Final Report - DG EAC. Published by: ICF GHK.

Europäische Kommission (2014): Struktur der europäischen Bildungssysteme 2014/15: Schematische Diagramme.

Europäisches Parlament: Initiativbericht vom 3. Februar 2016 über den Erwerb von Kenntnissen über die EU an Schulen. Ausschuss für Kultur und Bildung. Berichterstatter: Damian Drăghici.

Europäisches Parlament: Ergebnisse der Europawahl 2014.

Europäisches Parlament und Europäischer Rat: Empfehlung vom 18. Dezember 2006 zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen.

Europäischer Rat und im Rat vereinigte Minister für das Bildungswesen (1988): Entschließung zur europäischen Dimension im Bildungswesen vom 24. Mai 1988.

Gassner, Otman (Hg.) (2010): The first ten years after Bologna. Verlag der Universität Bukarest.

v. Geyr, Maja (Hg.) (2007): Die europäische Dimension in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer. Vergleichende Studie im Auftrag der Europäischen Kommission -

Vertretung in Deutschland. Published by: Europäische Akademie Berlin.

Halász, Gábor; Michel, Alain (2011): Key Competences in Europe: interpretation, policy formulation and implementation. In: European Journal of Education, Vol. 46, No. 3, Key Competences in Europe (September 2011), pp. 289-306. Published by: Wiley.

Hungarian Spectrum (2017): "Teaching and politics: A grade-eight geography book".

Keating, Avril (Hg.)(2009): Introduction: Citizenship education curricula: the changes and challenges presented by global and European integration. In: J. CURRICULUM STUDIES, 2009, VOL. 41, NO. 2, 145-158. Published by: Routledge.

Kerr, David (Hg.)(2010): ICCS 2009 European Report. Civic knowledge, attitudes, and engagement among lower-secondary students in 24 European countries. Published by: IEA.

Marshall, Harriet (2009): Educating the European citizen in the global age: engaging with the post-national and identifying a research agenda. In: J. CURRICULUM STUDIES, 2009, VOL. 41, NO. 2, 247-267. Published by: Routledge.

Naval, Concepción (Hg.)(2002): Education for Democratic Citizenship in the New Europe: context and reform. In: European Journal of Education, Vol. 37, No. 2, 2002.

Oberle, Monika (Hg.) (2015): Die europäische Union erfolgreich vermitteln. Perspektiven der politischen EU-Bildung heute. Wiesbaden: Springer VS.

Oberle, Monika (Hg.) (2012): Politisches Wissen über die Europäische Union. Subjektive und objektive Politikkenntnisse von Jugendlichen. Wiesbaden: Springer VS.

Osler, Audrey (2011): Teacher interpretations of citizenship education: national identity, cosmopolitan ideals, and political realities. In: J. CURRICULUM STUDIES, 2011, VOL. 43, NO. 1, 1-24. Published by: Routledge.

Pepper, David (2011): Assessing Key Competences across the Curriculum — and Europe. In: European Journal of Education, Vol. 46, No. 3, Key Competences in Europe (September 2011), pp. 335-353. Published by: Wiley.

Ryba, Raymond (1992): Toward a European Dimension in Education: Intention and Reality in European Community Policy and Practice. In: Comparative Education Review, Vol. 36, No. 1, Special Issue on Education in a Changing Europe (Feb., 1992), pp. 10-24. Published by: The University of Chicago Press on behalf of the Comparative and International Education Society.

Sayer, John (2006): European Perspectives of Teacher Education and Training. In: Comparative Education, Vol. 42, No. 1, Special Issue (31): European Union Education and Training Policy (Feb., 2006), pp. 63-75. Published by: Taylor & Francis, Ltd.

AEUV (2009): Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union.



Über die Autoren

Mitarbeiterinnen der Europäischen Bewegung Deutschland und der Europäischen Bewegung International haben 2017 gemeinsam bestehende Studien zur Europabildung an Schulen in der EU ausgewertet. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für eine Policy Position der Europäischen Bewegung International zur europäischen Bildungspolitik. Im Netzwerk der EBD sind zahlreiche Bildungsträger organisiert, die sich stark im Bereich der schulischen und non-formalen Europabildung engagieren. Erst kürzlich haben sich die knapp 250 Mitgliedsorganisationen auf eine politische Forderung zur europäischen Bildungspolitik geeinigt. Das nun veröffentlichte EU-in-BRIEF differenziert diese Position aus und fördert die Debatte über Qualität und Quantität der Europabildung in der EU.

Kontakt: janin.hartmann@netzwerk-ebd.de
emma.klever@europeanmovement.eu

Impressum

EU-in-BRIEF | Analysen – Positionen – Vorausschau ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format der Europäischen Bewegung Deutschland. | ISSN-Nummer: 2191-8252

Zitier-Hinweise: Wir bitten, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren und Titel, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© **Europäische Bewegung Deutschland e.V.**

Sophienstr. 28/29 | D-10178 Berlin
T +49 30 3036201-10 | F -19
info@netzwerk-ebd.de

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

Mehr Wissen!

Auf der Website der EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: <http://www.netzwerk-ebd.de>

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V., gegründet 1949, ist das größte Netzwerk für Europa-politik in Deutschland und institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.